

# ***Kurzprotokoll der Februarsession 2003***

## **Übersicht**

Am Montag, dem 17. Februar 2003, fand unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Verabschiedung einer Änderung des Organisationsgesetzes und weiterer damit zusammenhängender Erlassänderungen (Departementsreform). Weiter beschloss der Grosse Rat ein Dekret über einen Sonderkredit für die Miete und Einrichtung des Fluhmattschulhauses für die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz in Luzern. Mit Grossratsbeschluss genehmigte er ferner eine Bauabrechnung.

Der Grosse Rat wies 7 Vorlagen ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu, behandelte 3 Petitionen und 21 parlamentarische Vorstösse sowie 2 Begnadigungsgesuche. Eröffnet wurde der Eingang von 2 Petitionen und von 25 parlamentarischen Vorstössen. Die für 4 Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für 3 beschlossen und durchgeführt, für einen abgelehnt. Eine Motion wurde zurückgezogen.

Alle traktandierten Geschäfte konnten behandelt werden.

## **Rechtsetzung**

**Departementsreform.** Die Entwürfe einer Änderung des Organisationsgesetzes und weiterer damit zusammenhängender Erlassänderungen (Departementsreform) gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 6. Dezember 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 51/52 vom 28. Dezember 2002, S. 3091) wurden in 2. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission; Kommissionssprecher Walter Stucki, Emmen) und mit 84 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Die Verkleinerung des Regierungsrates von sieben auf fünf Mitglieder machte eine neue Departementsgliederung nötig. Beschlossen wurde eine Gliederung der Verwaltung in die Departemente Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement, Bildungs- und Kulturdepartement, Finanzdepartement, Gesundheits- und Sozialdepartement sowie Justiz- und Sicherheitsdepartement. Das Gesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 8 vom 22. Februar 2003, S. 479) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 23. April 2003.

## Finanzvorlagen

**Sonderkredit Fluhmattschulhaus.** Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Miete und die Einrichtung zusätzlicher Räumlichkeiten im Fluhmattschulhaus an der Museggstrasse 9 in Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 7. Januar 2003 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 7 vom 15. Februar 2003, S. 403) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und mit 87 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Im Rahmen der Mittelschuloptimierung zwischen Stadt und Kanton hat der Kanton Luzern als Mieter mit der Stadt Luzern als Vermieterin im Juli 1997 einen Mietvertrag über das Fluhmattschulhaus abgeschlossen. Um die Hochschule Luzern als Teilschule der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz planmässig ab Schuljahr 2003/04 in Betrieb nehmen zu können, ist ein Ausbau des Dachstocks des Fluhmattschulhauses nötig. Mit dem Dekret wurde ein Kredit von 3,5 Millionen Franken für die Miete sowie ein Kredit von 0,5 Millionen Franken für die Einrichtung zusätzlicher Räumlichkeiten bewilligt. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 8 vom 22. Februar 2003, S. 482) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 23. April 2003.

**Bauabrechnung Ausbau Luthern.** Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über den Ausbau der Luthern von der Kantonsstrassenbrücke Nebikon bis zum Glängweg und den Neubau dieser Brücke gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 28. Januar 2003 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 7 vom 15. Februar 2003, S. 404) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und gutgeheissen. Die Arbeiten konnten mit einer Kreditunterschreitung von 582 904 Franken abgeschlossen werden.

## Postulate

**Erheblich erklärt** wurden die Postulate

- P 835 von Pia Maria Brugger, Luzern, über eine sofortige Intervention des Regierungsrates beim Bund/Bundesrat für das Verkehrshaus der Schweiz (dringliche Behandlung),
- P 836 von Walter Stucki, Emmen, namens der SPK, über die mittelfristig zu erzielende Einsparung bei den Personalkosten im Rahmen der laufenden Strukturreform,
- P 818 von Guido Graf, Pfaffnau, über die Weiterführung des Mädcheninternats Marienburg in Wikon,
- von Louis Schelbert, Luzern, über die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips bei der kantonalen Verwaltung (als Motion M 782 eingereicht),
- P 797 von Ernst Blaser, Littau, über eine härtere Gangart gegen Drogendealer und Kriminelle auch in der Agglomeration,
- P 786 von Gerhard Klein, Wauwil, über Jugendschutzmassnahmen in Sachen Cannabishandel,

- P 604 von Konrad Graber, Kriens, über Energiesparmassnahmen,
- von Adrian Borgula, Luzern, über verbindliche energiesparende Normen für kantonale Gebäude (als Motion M 628 eingereicht),
- von Louis Schelbert, Luzern, namens der GB-Fraktion, über eine Standesinitiative zum Leistungsauftrag des Verkehrshauses (als Motion M 838 eingereicht; dringliche Behandlung).

**Abgelehnt** wurde das Postulat P 474 von Margrit Steinhauser, Luzern, über eine Postbox für Klientinnen und Klienten sozialer Institutionen.

### **Interpellationen, Anfragen und Einfache Anfragen**

**Schriftlich beantwortet** wurden die Interpellationen, Anfragen und Einfachen Anfragen

- E 495 von Josef Huber, Kriens, über die jährlichen Kosten der sieben Departementsstäbe,
- A 767 von Josef Huber, Kriens, über die jährlichen Kosten der Departementsstäbe,
- I 260 von Beat Ineichen, Neudorf, über die verschiedenen EDV-Systeme für Gemeinden,
- A 581 von Rico De Bona, Littau, über das Globalbudget auf Stufe Gemeinde,
- A 629 von Ruedi Stöckli, Meierskappel, über Fusionen von Gemeinden über die Kantonsgrenzen,
- A 781 von Rosa Rumi, Alberswil, über Unstimmigkeiten zwischen dem Leiter des Historischen Museums und dem Präsidenten des Vereins Freunde des Historischen Museums Luzern,
- A 765 von Damian Meier, Wolhusen, über die Entwicklungen im Bereich „Kokain-Dealerei“ im Raum Luzern,
- A 701 von Gerhard Klein, Wauwil, über Praxiseröffnungen in den letzten fünf Jahren im Kanton Luzern,
- A 774 von Elisabeth Schubiger, Buchrain, über den Stand und die Auswirkungen des Zulassungsstopps zur Praxistätigkeit für Ärztinnen und Ärzte im Kanton Luzern.

**Mündlich beantwortet** wurde die Anfrage A 837 von Ruth Dahinden, Sursee, namens der SP-Fraktion, über persönliche Wahlwerbung von Regierungsratsmitgliedern durch digitale verwaltungsinterne Kommunikationskanäle (dringliche Behandlung).